

## Heute vor 21 Jahren



**18.8. 1993: In Schutt und Asche.** Die Kapellbrücke in Luzern wurde in der Nacht auf den 18. August 1993 ein Raub der Flammen. Die um 1365 gebaute Brücke, die älteste Europas und mit 202,9 Metern zweitlängste nach jener bei Bad Säckingen, wurde vermutlich durch eine weggeworfene Zigarette zerstört. Foto Keystone

## Briefe

### Wer Raum erhält, wird darin wachsen

**Die Verherrlichung des Märtyrertodes; BaZ 15.8.14**

Täglich sind unsere Medien voll von Aktivitäten des islamischen Extremismus. Diese Nachrichten hören sich für meine westlichen freien Ohren an wie aus einer vergangenen Zeit namens Mittelalter. Der islamische Extremismus geht überall gegen unsere westlichen Werte vor, und nun geben wir in Basel den Raum für solche «Überzeugungen». Es macht mir als freiem Bürger grosse Sorgen, dass niemand in der Basler Regierung ein Nein gegen diesen Stand am Claraplatz auszusprechen traut! Wer Raum erhält, wird darin wachsen. Wie würde es sein, wenn sich ein islamischer Selbstmordattentäter als «Märtyrer» hier in die Luft sprengt und Basler BürgerInnen mitreisst? Lieber stelle ich mir die Konsequenzen nicht vor.

Marc Roth, Oberwil

### Warum nicht selbst in den Kampf ziehen?

Wieso leben Leute und Konsorten wie Abdel Azziz Qaasim Illi abseits vom Geschehen – in der Schweiz –, wenn es doch eine Ehre und ein Stolz ist, im Kampf gegen Israel zu sterben? Weshalb schliesst er sich nicht persönlich diesem Kampf an? Anita Aeby, Binningen

### Das ist schlicht unverantwortlich

Die Hauptfigur des auf dem Claraplatz sich regelmässig präsentierenden IZRS, Abdel Azziz Qaasim Illi, macht aus seinen engen Beziehungen zum Gründer der radikalen Hamas, Scheich Ahmed Yassin, welcher zum Umbringen von Juden und Andersgläubigen aufgerufen hat, kein Hehl. Als Zwanzigjähriger besuchte er den radikalen Islamisten und liess sich dabei fotografieren. Seinem Judenhass liess Illi freien Lauf, indem er bei einem Attentat getötete Juden auf seiner Website als «in handliche Stücke zerlegte Zionistschweine» bezeichnete. Gegen Illi wurde 2005 unter anderem wegen mehrfacher Rasendiskriminierung ein Strafbefehl erlassen. Im Jahre 2003 ermittelte die Bundesanwaltschaft gegen Illi wegen illegalem Sprengstoffbesitz, und heute unterstützt die Basler Regierung seine ideologische Gefolgschaft, indem sie

frei und fröhlich auf dem Claraplatz ihre islamischen Hetzschriften verteilen können. Unverantwortlich.

Daniel Zingg, Bollodigen, Pressesprecher «Aktionskomitee gegen die strategische Islamisierung der Schweiz» KSIS

### Standaktionen bewilligen

Dürfen islamische Extremisten auf dem Claraplatz weiterhin für sich Werbung machen? Die Antwort scheint der an sich gute BaZ-Artikel etwas verfrüht zu geben, denn zuständig ist nicht die Religionsbeauftragte Lilo Vischer. Ihr Vorgesetzter, Guy Morin, hat offenbar dazu noch gar nicht öffentlich Stellung genommen. Wieso will denn Lilo Vischer jetzt schon die heisse Kartoffel an den Bund weiterreichen? Ist alleine das Auflegen von religiöser Literatur auf Plätzen strafbar? Das würde vielleicht sogar ein künftiger Bundesgerichtsentscheid verneinen. Hier zwischen der Antirasismus-Strafnorm, der Religionsfreiheit und der freien Meinungsäusserung abzuwägen übersteigt das Urteilsvermögen einer Allmendverwaltung beträchtlich! Ich finde es sogar aufschlussreich, wenn der Mediensprecher des IZRS den Märtyrertod gegen Israel als «normativ» für den Islam darstellt. Die Freiheit, auf öffentlichem Grund sowohl über das wahre Gesicht des Islams als auch über die wahre, christliche Lehre informiert zu werden, ist somit ein hohes Gut, auf das ich ungerne verzichte.

Markus Massmünster, Münchenstein

### Können Philosophen die Welt retten?

**Agenda: Club der königlichen Philosophen; BaZ 15.8.14**

Plato 427–347: «Philosophen sollen die Welt regieren.» Plato suchte gleichzeitig nach dem Wesen der Menschen. Aus diesem entstehen spezifische Philosophien. Eine umfassende und damit weise Philosophie war bis heute nicht Wettbewerbsgewinnerin, sondern vielfach aus einseitigem Wesen hervorgegangene Philosophien der Macht bei hohem Gewinn. Das Volk wurde vielfach überzeugt, als Vorbilder dargestellte Führer demokratisch zu wählen. Viele wurden Despoten. Heute versuchen sogenannte Sittenwächter, die als Jihadisten mit der Scharia leben und grossartige Versprechungen machen, an die Macht zu kommen. Solche Philosophen hat Plato mit Sicherheit nicht gemeint. Er suchte die

Weisheit. Nur Weise können Liebe mit realistischen Tatsachen zu einer für die Lebenswelt segensreichen Ganzheit verbinden. Heute fordert auch der Philosoph Peter Sloterdijk eine solche Elite. Damit könnte eine liberale Welt entstehen, mit durch Weisheit geadelten Menschen als leitende Vorbilder. Keine Verführer, die durch hohle Versprechen, Lügen, Geld und Gewalt an die Macht gelangt sind.

Paul Schärer, Münchenstein

### Katze oder gar Tiger im Sack

**Kantonsfusion (Abstimmung 28. September); BaZ diverse**

Zunächst geht es bei der Vorlage vom 28. September nicht um die «Prüfung einer Fusion», wie dies gerne behauptet wird. Es wird darüber abgestimmt, ob ein 125-köpfiger Verfassungsrat in den nächsten zehn Jahren eine Verfassungsvorlage für einen gemeinsamen Kanton erarbeitet. Da zudem im sogenannten Gegenvorschlag im Vergleich zur eingereichten Initiative die Erarbeitung entscheidender Gesetze nicht mehr enthalten ist, kann von einer «Prüfung» erst recht keine Rede mehr sein. Selbst der Ausdruck «die Katze im Sack kaufen» trifft es nicht, denn niemand weiss, ob sich im Sack nicht allenfalls ein hungriger Tiger befindet. Wer die immensen Ausgaben in diesem Zusammenhang als vertretbare Investition in die Zukunft betrachtet angesichts der sich offenbar abzeichnenden gewaltigen Synergiegewinne, hat den Blick auf die Realitäten verloren.

Wenn etwas in den letzten Jahren konstant gewachsen ist, dann sind es die Staatsausgaben. Und es werden keine Grenzen fallen, sondern eine Kantonsgrenze wird durch eine Stadtgrenze ersetzt, eine Kantonsregierung und -verwaltung durch eine Stadtregierung und -verwaltung. Es gibt deutlich mehr Anzeichen und Hinweise darauf, dass ein gemeinsamer Kanton erhebliche Mehrausgaben und damit Steuererhöhungen nach sich zieht als umgekehrt. Wenn die SP den Rotstift bei der Verwaltung ansetzt, dann nur, um die Verwaltung weiter in der Wolle rot zu färben, aber sicher nicht, um Stellen abzubauen. Und wenn ein prominenter Vertreter der SP im Landkanton die Chance sieht, die Sozialleistungen dem Niveau der Stadt anzupassen, dann heisst dies im Klartext «nach oben»; und damit Zusatzausgaben.

Werfen Sie einfach einen persönlichen Blick zurück und Sie werden rasch erkennen, dass die meisten Abstimmungsvorlagen in der Vergangenheit bei der Realisierung wesentlich teurer und schlechter als versprochen umgesetzt wurden. Provisoren wurden zu Providurien, temporäre Steuern zu dauernden. Wann immer Politiker Ihnen eine billigere und bessere Variante vorgaukeln, gilt es, vorsichtig zu sein. Deshalb gilt es am 28. September ein konsequentes Nein in die Urne zu legen.

Hanspeter Weibel, Landrat, Präsident SVP  
Bottmingen

### Denken und Überdenken dürfen

Am 28. September geht es darum, ob die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in den Halbkantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft bereit sind, eine Auslegeordnung über die Zukunft der beiden Halbkantone zu machen. Es geht um eine moderne, effiziente Verwaltung, die den Bedürfnissen der Einwohner des 21. Jahrhunderts gerecht werden soll. Es darf bei der Überprüfung der Zielsetzungen wie auch der Effizienz der Verwaltung keine Fragen geben, die nicht gefragt werden dürfen. Es geht nicht darum zu entscheiden, ob «wie in Basel-Stadt oder wie in Basel-Land» in der Zukunft ein neuer, moderner Kanton gestaltet sein soll. Es geht um das Bedenken und Überdenken – eine neue, moderne und effiziente Verwaltung zu entwickeln – als Vorbild für den Rest der Schweiz. Überall ist dringend eine Überarbeitung der Verwaltungen nötig, auch auf Bundesebene. Also, haben wir den Mut und stimmen wir Ja.

Paul Hofer, Oberwil

### Schritt in die richtige Richtung

**Einheitskasse (Abstimmung 28. September); BaZ diverse**

Endlich ein Schritt in die richtige Richtung im aufwendigen, komplizierten, unübersichtlichen, unkontrollierbaren System der kleinen Schweiz (Abschaffung der engstirnigen Kantönligeist-Systeme im riesigen Verwaltungsapparat). Aus für Willkür und Vetternwirtschaft in diesem Bereich! Vorteile einer Einheitskasse: einfach, übersichtlich, kontrollierbar, kostengünstig, gesamtschweizerisches Denken, fair, sozial, und vor allem bürgerfreundlich.

Denise Casagrande, Oberwangen

## Einspruch

### Explosion der Asylgesuche

Von Hans Fehr

Das muss man sich einmal vorstellen: 30 Prozent mehr Asylgesuche innerhalb eines Monats! Im Juni wurden in der Schweiz 2234 Gesuche gestellt, im Juli 2911. Im April waren es noch 1470 Gesuche gewesen. Wenn es so weitergeht, dürfte die Gesamtzahl bis Ende 2014 auf gegen 30 000 explodieren. Und warum das alles? Hauptgrund ist zweifelsohne die Untätigkeit von Frau Sommaruga.

#### Explosionsartiger Anstieg

Erstaunlich ist, dass der grösste Zustrom von Asylsuchenden nicht aus dem umkämpften Syrien, sondern von eritreischen Dienstverweigerern kommt: Nach einem Bundesverwaltungs-Gerichtsscheid, welcher Dienstverweigerung als Asylgrund anerkannte, stiegen die Gesuche von Eritreern im Jahre 2012 explosionsartig auf 4295 an. Mitte 2013 hat das Schweizer Volk mehrere von der SVP geforderten «dringlichen Massnahmen im Asylbereich» beschlossen, unter anderem: «Dienstverweigerung ist kein Asylgrund.» In der Folge sank die Zahl der Gesuche von Eritreern um fast 2000 auf 2563 im Jahr 2013.

#### Scheinflüchtlinge

Weil aber Frau Sommaruga mehrfach betonte, die dringlichen Massnahmen änderten «praktisch nichts», sind die Gesuche von Eritreern im Jahr 2014 – bis Ende Juli – auf 3670 explodiert. Hochgerechnet bis zum Jahresende wären das rund 6000 Gesuche; dies bedeutet 60 Zentren à 100 Leute. Zusätzlich kommen Tausende von Asylbewerbern aus sicheren Ländern. Wir sind für Scheinflüchtlinge viel zu attraktiv.

Darum will die SVP eine Volksinitiative lancieren, wobei zwei Stossrichtungen möglich sind.

Variante 1: Für Asylbewerber, die aus einem sicheren Nachbarstaat (Drittland) in die Schweiz einreisen, gibt es lediglich ein Wegweisungsverfahren. Das ist nichts anderes als die konsequente Umsetzung des Schengen/Dublin-Abkommens mit dem Ziel, dass Flüchtlinge möglichst nahe bei ihrem Herkunftsland ein Asylgesuch stellen und nach einer Verbesserung der Zustände wieder dahin zurückkehren.

### Für Scheinflüchtlinge und Schlepper muss unser Land mehr als bisher unattraktiv werden.

Variante 2: Sämtliche Asylbewerber werden zunächst in einem der grossen Empfangs- und Verfahrenszentren in Grenznähe (Chiasso, Vallorbe, Basel, Kreuzlingen, Altstätten) untergebracht. In diesen Zentren, die grundsätzlich geschlossen zu führen sind, werden die Verfahren innerhalb von vier bis acht Wochen abgeschlossen. Eine Beschwerde ist nur an eine verwaltungsinterne Instanz möglich, wie dies früher der Fall war.

Der Schutz der echten, an Leib und Leben bedrohten Flüchtlinge bleibt gewahrt, für Scheinflüchtlinge und Schlepper wird unser Land hingegen unattraktiv.

Hans Fehr aus Eglisau ist Nationalrat der SVP Zürich

### An unsere Leserinnen und Leser

Über nicht veröffentlichte Briefe wird keine Korrespondenz geführt. Die Briefe sollten sich auf BaZ-Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen. Bitte senden Sie die Briefe mit vollständigem Namen, Adresse und Telefonnummer (für Rückfragen). Vielen Dank. <http://verlag.baz.ch/leserbrief> oder per E-Mail: [leserbrief@baz.ch](mailto:leserbrief@baz.ch) Postadresse: Basler Zeitung, Leserbrief, Postfach 2250, 4002 Basel